

(Un)Wahrheit in der Presse?

Auf Einladung des Bürgermeisters von Neustadt/Hessen Thomas Groll (CDU) war ich jüngst in einer mir bisher noch unbekanntem deutschen Gegend zu Gast. 80 Bürger interessierten sich für meine Erinnerungen an den Zusammenbruch der DDR im Herbst 1989. 70 Minuten stellte ich mich den Fragen des Gastgebers, der mein Buch zum Thema des Abends zuvor aufmerksam gelesen hatte, und antwortete freimütig, ehrlich und offen. Ich und andere spürten eine aufgeschlossene und sachliche Atmosphäre im Saal des Historischen Rathauses der Stadt. Ich gestehe, es hat mich schon überrascht, sowohl die Einladung als auch die Aufmerksamkeit im Saal. Alle Bücher über meine Erinnerungen, die ich mitgebracht hatte, wurden nach der Veranstaltung an westdeutsche Zuhörer verkauft. Auch die Gespräche mit dem sehr sachkundigen und ehrlich interessierten Bürgermeister, seinem Stellvertreter und anderen lokal Verantwortlichen waren offen und beiderseits aufklärend. Gegenseitig zuhören und sich füreinander interessieren, das könnte wirklich ein Beitrag zur deutschen Einheit sein, dachte ich nach der Veranstaltung. Dieser Eindruck gefiel offensichtlich nicht allen, es musste im Nachhinein wie immer Wermut verspritzt werden.

Eine Aussage löst Unmutsbekundungen aus

Eberhard Aurich sprach über den Mauerfall und seine Karriere in der Freien Deutschen Jugend

Die jüngste Veranstaltung der zeitgeschichtlichen Reihe der Stadt Neustadt drehte sich um den Mauerfall am 9. November 1989. Zu Gast war Eberhard Aurich – ein prominenter Zeitzeuge aus der ehemaligen DDR.

von Klaus Böttcher

Neustadt. „Bau auf, bau auf, freie deutsche Jugend bau auf“, sangen Karl-Joseph Lemmer und Michael Dippel das Lied der Freien Deutsche Jugend (FDJ). Zusammen mit Wilfried Sohn bilden die beiden das Trio Semplice, das mit zum Thema passenden Liedern die zeitgeschichtliche Veranstaltungsreihe musikalisch umrahmt.

Die Freie Deutsche Jugend war mit mehr als zwei Millionen Mitgliedern die große Jugendbewegung in der DDR – mit der Eberhard Aurich eng verbunden ist: Er war ab 1969 hauptamtlicher Mitarbeiter der FDJ und ab 1983 Nachfolger von Egon Krenz als erster Sekretär des Zentralrates der FDJ.

Neustadts Bürgermeister Thomas Groll führte mit Eberhard Aurich ein hochinteressantes Gespräch, in dem die Ereignisse des Jahres 1989 einen Schwer-



Eberhard Aurich trug sich unter den wachsamem Blicken von Thomas Groll ins Goldene Buch der Stadt ein.

Foto: Klaus Böttcher

punkt bildeten. Zunächst zeigte Groll einen aufklärenden Film, in dem der Gast auch eine Rolle spielte: Als Mitglied des Zentralkomitees der SED, der Volkskammer und des Staatsrates der DDR stand Aurich am 6. Oktober 1989 zusammen mit Erich Honecker und Michail Gorbatschow am Platz der Republik und nahm den Fackel-

zug von 100 000 FDJ-Mitgliedern zum 40. Jahrestag der DDR ab. Ebenso stand er beim großen Pfingsttreffen an der Seite Honeckers und war der Hauptredner.

Der inzwischen 73-Jährige hat kürzlich ein Buch mit dem Titel „Zusammenbruch. Erinnerungen, Dokumente, Einsichten“ geschrieben. Darin setzt er

sich offen und selbstkritisch mit der DDR auseinander. Im Zwiegespräch mit Groll berichtete er von seiner Kindheit, seinem Lehramts-Studium und seiner Karriere in der FDJ.

Auf Grolls Frage nach den Veränderungen in den 70er-Jahren erklärte Aurich, das Volk hätte Wohnungen gewollt, statt mehr Wirtschaft. Erich Honecker, der Walter Ulbrich abgelöst hatte, kam dem nach. „Anfang der 70er-Jahre herrschte eine Aufbruchstimmung, die war aber 1976 schon wieder zu Ende“, gab Aurich offen zu.

Aurich meint, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen

Groll fragte den Gast, wie er über diejenigen gedacht habe, die nicht in die FDJ eingetreten waren. Im Alter von 14 Jahren sei fast jeder dabei gewesen. „Nach der Wende habe ich Leute kennengelernt, denen Schlimmes passiert ist, weil sie nicht mitgemacht haben“, berichtete Aurich.

Haben sie im Oktober 1989 beim großen Fackelzug gedacht es sei der letzte, fragte der Bürgermeister. „Ich habe gedacht, dass es die DDR noch lange geben werde und wir die Probleme lösen werden“, antwortete sein Gast. Den Mauerfall am 9. November bezeichnete Aurich als eine unmögliche Situation für

alle Beteiligten. „Die Mitglieder des Zentralkomitees wurden am 9. November auch verarscht“, betonte er und meinte, nach der neuen Verordnung zum Reisegesetz vom 6. November hätte keiner ausreisen dürfen.

Groll stellte dem Gast abschließend Fragen, die dieser mit Ja oder Nein beantworten sollte. Auf die Frage, ob er die DDR vermissen, antwortete Aurich ebenso mit Nein wie auf die Frage, ob die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei. Das rief bei vielen der rund 80 Besuchern Unmut hervor. Ein Besucher kritisierte das laut, ein anderer meinte später im Gespräch, damit habe er die schöne Geschichtsstunde versaut. Aurichs Meinung: Die DDR sei ein Rechtsstaat gewesen, in dem es sehr wohl auch Unrecht gegeben habe. Die Einheit sei auch nach 30 Jahren noch nicht ganz gelungen. „Die Menschen in der ehemaligen DDR empfinden, dass sie nicht ernst genommen werden mit ihrer Geschichte“, sagte der Gast aus Berlin. Neustadts Bürgermeister Groll betonte im nachhinein gegenüber der OP, dass die DDR für ihn sehr wohl ein Unrechtsstaat gewesen sei, auch wenn sie eine eigene Gerichtsbarkeit gehabt habe. „Menschen konnten sich nicht frei entfalten, hatten keine Reisefreiheit, wurden mit Gewalt am Verlassen des Landes gehindert“, so Groll.

Klaus Böttcher von der Oberhessischen Presse wartete wohl den ganzen Abend darauf, Unmut zu erleben, gegen einen, der aus dem Osten kommt und der mit seinem dort praktizierten Sozialismus

„schwere Schuld“ auf sich geladen hat. Sein Warten lohnte sich. Mir stellte nämlich der Gastgeber die Gretchenfrage: War die DDR ein Unrechtsstaat? Ich sollte nur mit JA oder NEIN antworten. Meine Antwort war ein eindeutiges NEIN. Das führte erwartungsgemäß im Saal bei einem Zuhörer zum Widerspruch, der auf die Toten an der Grenze und das fehlende freie Reiserecht verwies. In der Darstellung von Böttcher hätte ich damit „die schöne Geschichtsstunde versaut“. Offensichtlich wären seiner Meinung nach alle mit einem JA von mir an diesem Abend zufrieden nach Hause gegangen und hätten sich in ihrem alten antikommunistischen Feindbild bestätigt gefunden. Die DDR das Gleiche wie die Nazi-Diktatur, bestätigt aus dem Munde eines DDR-Funktionärs, das wär es doch gewesen. Die historische Wahrheit wäre damit aber im Saal und nicht nur im Artikel auf der Strecke geblieben. Denn, die vom Bürgermeister gestellte Frage ist meiner Meinung nach nur mit NEIN zu beantworten, eben nicht nur mit JA oder NEIN. Das hat Bürgermeister Groll mir später gegenüber selbstkritisch zugegeben und sich fast entschuldigt, sie mir so gestellt zu haben. Warum er sich in der Oberhessischen Presse aber nochmals mit der Versicherung zitieren lässt, dass die DDR seiner Meinung nach ein Unrechtsstaat gewesen sei, weiß er wohl besser als ich als Gast seiner Stadt.

In Wahrheit ist doch der Begriff „Unrechtsstaat“ für die DDR im politischen Diskurs von Politikern und Juristen höchst umstritten. Er wird in der Regel heute als „Kampfbegriff“, als politisches Schlagwort gebraucht und dient nicht selten als Mittel, die DDR mit der faschistischen Diktatur in der Nazi-Zeit gleichzusetzen. In der historischen Wahrheit ist dieser Begriff aber mit dem Wirken des Hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer verbunden, der ihn einführte, um Nazis – zum Beispiel in den späteren Auschwitz-Prozessen – zu einer gerechten Strafe zu verurteilen und die Aufständischen des 20. Juli 1944 um Stauffenberg vor der Anklage des Hochverrats zu schützen. Bauer prägte dabei 1952 den Satz: „Ein Unrechtsstaat, der täglich Zehntausende Morde begeht, berechtigt jedermann zur Notwehr.“ Infolge dieses Prozesses wurden die Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944 rehabilitiert und ihr Versuch, Hitler zu töten, legitimiert. Das Gericht schloss sich Bauers Auffassung in seinem Plädoyer an, der NS-Staat sei „kein Rechtsstaat, sondern ein Unrechtsstaat“ gewesen.

Nach Meinung von juristischen Experten machen einzelne Rechts- und Verfassungsverstöße einen Staat noch nicht zum Unrechtsstaat, da diese mitunter auch in Rechtsstaaten vorkommen. Auch sei ein Staat nicht schon dann als „Unrechtsstaat“ zu bezeichnen, wenn er nicht dem Modell des klassischen bürgerlichen Rechtsstaats und insbesondere nicht dem bundesdeutschen Rechtsstaatsbegriff entspricht. Andererseits schließe der Begriff „Unrechtsstaat“ nicht aus, dass es in einem derartigen Staat auch Bereiche gibt, in denen Rechtsstaatlichkeit herrscht und Gerechtigkeit geübt wird. Nur wenige Beispiele: In der DDR war die Prügelstrafe in der Schule seit 1949 abgeschafft, in der BRD erst 1973. Seit 1969 war im Gegensatz zur BRD in der DDR der die Homosexuellen diskriminierende Paragraph 175 abgeschafft. Ich selbst habe mich 1988 dafür eingesetzt, die juristischen Überbleibsel dieses Unrechts für immer abzuschaffen. In der DDR galt seit 1972 für den Schwangerschaftsabbruch die sogenannte Fristenregelung, die den Frauen zu ihrem Selbstbestimmungsrecht verhalf, ein Recht, was sie heute in der BRD vermissen. In der DDR wurden verantwortliche Nazis verurteilt, in der BRD zeitweise geschützt. Was ist da Recht, was Unrecht? Wenn es in der DDR auch keine Gewaltenteilung gab, gab es doch rechtsstaatliche Prinzipien. Richter in der DDR entschieden auch nur auf der Grundlage von Gesetzen, die in der Volkskammer beschlossen worden waren, auch von mir. Und mit dem NS-Regime vergleichbare Morde hat es in der DDR nicht gegeben.

Auch bleibt im politischen Diskurs völlig außer Betracht, wie die DDR und die BRD entstanden sind. Es waren doch die Siegermächte des II. Weltkriegs, die die Teilung Deutschlands zu verantworten haben. Auch die Mauer 1961 wurde nicht auf Wunsch der DDR gebaut, sooft auch Walter Ulbricht da als Lügner hingestellt wird. Es war ein Beschluss des Warschauer Vertrags und letztlich der Sowjetunion, der am 9. November 1989 durch eine elegante politische Finte der SED-Führung aufgehoben wurde, worüber ich in meinem Buch ausführlich schreibe.

2014 war ich Gast in Thüringen und erlebte die emotionale Debatte zwischen Linken, SPD und Grünen über ihren Koalitionsvertrag. Ich selbst stritt mit Bodo Ramelow damals auch über den Begriff „Unrechtsstaat“. Nur weil sich die Linken Thüringens letztlich aber darauf einließen, die DDR als „Unrechtsstaat“ zu bezeichnen, kam es zu dieser Koalition. Jetzt, nachdem die Linken mit Ramelow an der Spitze in Thüringen bei den Landtagswahlen stärkste Kraft geworden sind, wird in der Öffentlichkeit so getan, als ob es diese damalige – in den eigenen Reihen durchaus umstrittene – Entscheidung der Linken nie gegeben habe. Das ist doch politische Heuchelei, die verhindern soll, dass die CDU gar über eine Kooperation mit den Linken im Interesse des Landes mal nur nachdenkt. Warum soll aber auf Landesebene nicht möglich sein, was im Lokalen schon da und dort möglich ist, wie ich in Neustadt/Hessen im Gespräch erfuhr.

Und auf solche Zusammenhänge sollte ich mit JA oder NEIN antworten?

Ich habe mich für NEIN entschieden, weil Geschichte eben doch nicht so einfach zu erklären ist. Auch nicht mit Schlagwörtern und Begriffen. So ist doch in Mode gekommen, die DDR schlicht als „Unrechtsstaat“ zu diffamieren und mit der Nazi-Diktatur gleichzusetzen. Wenn es sicherlich auch in der DDR Unrecht oder gebeugtes Recht gab – wie überall in der Welt, ist allein die Verwendung dieses Begriffes auf ein ganzes Land mit einer ausgesprochen sozialen und friedlichen Zielsetzung das Gegenteil von historisch-gerechter Beurteilung. Nur weil es auch in diesem System ungelöste Rechtsfragen und vielleicht auch Unrecht gab, ein ganzes System so zu qualifizieren und damit auf eine Stufe mit dem Hitlerfaschismus stellen zu wollen, ist schlicht unredlich, aber eben aktuell politisches Kalkül. Das schrieb ich auch in meinem Buch, was ich Herrn Böttcher gerne zum Lesen empfehle.

Mögen doch endlich auch im Westen die alten Feindbilder verschwinden. Die Presse, auch die Oberhessische, könnte dafür etwas tun, wenn sie denn wollte.

Eberhard Aurich

31.10.2019